

Erklärung: Die Umstände aufarbeiten, die Bundestag und Bundesregierung zur deutschen Beteiligung am Nato-Jugoslawien-Krieg veranlasst haben

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben im März die obige Erklärung, die Sie anbei noch einmal erhalten, mit unterzeichnet. Sie wurde anlässlich des 2. Jahrestages des Kriegsbeginns der Presse zugeleitet und am 24.03.2001, dem Tag des Kriegsbeginns 1999, von der Frankfurter Rundschau kommentiert.

Inzwischen hat der Offene Brief des Mitunterzeichners der Erklärung, Dieter S. Lutz, den er zusammen mit R. Mutz an die Bundestagsfraktionen geschrieben hat (FR-Dokumentation vom 24.04.2001) erfreulicherweise ganz im Sinne des Anliegens der Erklärung eine hoffentlich produktive Kontroverse ausgelöst, die Ihnen sicherlich aus der Frankfurter Rundschau durch die Antwort von Gernot Erler in der FR vom 12./13. April und die Reaktion von H.P. Dürr und St. Christmann (FR v. 23. April) bekannt ist.

Eine Reihe von Personen, die wir um ihre Unterschrift gebeten hatten, darunter Henning Voscherau, und eine Reihe von Parlamentariern aus der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen (darunter Winfried Nachtwei, Hans-Josef Fell, Angelika Köster-Loßack, Christian Sterzing, Ludger Volmer, Angelika Beer und Helmut Lippelt) haben teilweise ausführlich dargelegt, warum sie die Erklärung nicht unterzeichnen, gleichzeitig aber unterstrichen, dass sie mit der zentralen Forderung der Erklärung, nämlich der Einrichtung einer *unabhängigen Untersuchungskommission, die aus anerkannten, kompetenten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammengesetzt ist*, sympatisieren und die Forderung unterstützen. Die Grüne Ministerin für Umwelt und Landwirtschaft in Nordrhein Westfalen, Bärbel Höhn, Sabine Leuthäuser-Schnarrenberger (FDP), Willi Wimmer (CDU) unterstützten weitgehend das Anliegen der Erklärung, haben jedoch aus unterschiedlichen Gründen von einer Unterzeichnung Abstand genommen. Günter Grass, den wir ebenfalls angefragt hatten, lehnte ohne Begründung ab. Ralf Giordano reagierte mit einer ausführlichen, die Initiatoren angreifenden Antwort, die Mohssen Massarrat inzwischen beantwortet hat.

Wir möchten Ihnen allen die schriftlichen Antwortschreiben zukommen lassen, um Sie erstens direkt darüber zu informieren und zweitens Sie um Rat zu bitten, wie weiter verfahren werden soll.

Nach Rücksprache mit einigen von Ihnen haben wir den Eindruck, dass die signalisierte Gesprächsbereitschaft der Grünen Politiker und Politikerinnen in Folge unserer Erklärung und die in der Frankfurter Rundschau im Anschluß an den Offenen Brief von Lutz/Mutz geführte Kontroverse als eine wichtige Chance zu begreifen ist, die im Interesse unseres Anliegens zur Aufarbeitung der Umstände und der Lehren für die Zukunft nicht verpasst werden sollte. Katastrophen können wir leider nicht verhindern, dazu sind wir offensichtlich noch zu schwach. Wenigstens sollten wir aber alles tun, damit für die Zukunft daraus die richtigen Lehren gezogen werden. Die Einrichtung einer unabhängigen (Untersuchungs-, Aufarbeitungs- oder Wahrheits-)Kommission scheint dazu durchaus ein brauchbares Instrument zu sein.

Wir schlagen daher vor, alle diejenigen Parlamentarier und Parlamentarierinnen, die bisher auf diesen Vorschlag positiv reagiert haben, zu einem Gespräch nach Berlin einzuladen, und zwar mit dem Ziel, gemeinsam die nächsten Schritte zur Einsetzung dieser Kommission zu beraten. Als mögliche Termine schlagen wir vor

.....

.....

.....

Wir möchten Sie fragen, ob wir diese Einladung auch in Ihrem Auftrag aussprechen dürfen und Sie bitten, uns mitzuteilen, ob Sie selbst zu diesem Gespräch kommen und welcher der Termine Ihnen besser passt.

Vorerst verbleiben wir
mit besten Grüßen

Anlagen

- Erklärung und FR-Bericht "Pazifisten greifen Berlin an"
- Brief von Henning Voscherau
- Brief von Alice Schwarzer
- Brief von Nachtwei/Fell/Köster-Loßack/Sterzing/Volmer
- Brief von Angelika Beer
- Brief von Helmut Lippelt
- Brief von Ralf Giordano
- Antwortbrief an R. Giordano von Mohssen Massarrat